

**Laudatio von Günter Verheugen, Vize-Präsident der Europäischen Kommission,
anlässlich der Verleihung des Lew-Kopelew-Preises 2005 an Sainap Gaschajewa
Köln, 20. November 2005**

Sehr verehrte Frau Gaschajewa,
Sehr verehrte Frau Kopelewa, Herr Krämer, Herr Pleitgen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

was wir gerade gesehen haben, waren Bilder aus Europa und deshalb fällt es mir schwer, den ersten Satz zu sagen, den ich für diese Rede vorbereitet hatte. Der sollte nämlich lauten: Die Überzeugung, dass es Menschenrechte gibt, die über jedem Machtanspruch einer Person oder einer Institution stehen, ist der wichtigste Gedanke, den Europa der Welt geschenkt hat. Und auch heute heißt unser wichtigster Exportartikel nicht Stahl oder Chemie oder Chips. Der wichtigste Exportartikel Europas ist nach wie vor eine Idee, die Idee, dass es Frieden und Gerechtigkeit auf der Welt nur geben kann, wenn wir anerkennen, dass es universell gültige Menschenrechte gibt, die sich nur verwirklichen können in Demokratie und in Rechtsstaatlichkeit, vor allen Dingen aber und immer wieder in der Achtung der Würde des einzelnen Menschen.

Ich zweifle, ob wir unserem eigenen Anspruch in der täglichen Praxis immer schon so gerecht werden, wie wir es sollten. Aber sicher ist, dass die Menschenrechtspolitik in der Politik der Europäischen Union keine leere Phrase ist. Bei allen Schwierigkeiten und Rückschlägen gibt es eine klare Linie, die sich darin ausdrückt, dass die Europäische Union seit 1992 zum Beispiel keine Verträge mehr ohne eine Verpflichtung des Vertragspartners abschließt, Menschenrechte zu achten und durchzusetzen. Es sind immerhin inzwischen 120 Verträge dieser Art. Das steht nicht nur auf dem Papier.. Ein solcher Vertrag ist eine Berufungsgrundlage und gibt uns Politikern und Diplomaten die Möglichkeit, darüber zu sprechen, wenn diese Verpflichtungen nicht eingehalten werden.

Es ist das Ziel unserer Politik, in Europa und um uns herum dauerhafte Stabilität zu schaffen; Frieden und Sicherheit. Gemeint ist nicht Stabilität auf tönernem Fuß, wie wir das vom Sowjetimperium kannten. Die Sowjetunion wirkte zweifellos von außen betrachtet sehr stabil. Aber es hat sich herausgestellt, dass sie innerlich verrotten war, weil sie eben nicht auf der

Achtung vor den Rechten, von denen ich gesprochen habe, gegründet war. Wirkliche Stabilität eines politischen Gemeinwesens ist auf Dauer nur möglich, wenn die Menschenrechte geachtet werden. Das ist der Grund, warum wir uns mit unseren Möglichkeiten bemühen, eine aktive Menschenrechtspolitik zu betreiben, Menschenrechtsprojekte in aller Welt zu realisieren, aktiv mitzuwirken an der Reform des Menschenrechtssystems der Vereinten Nationen und all denjenigen Unterstützung zu gewähren, die sich für die Achtung der Menschenrechte einsetzen.

Es ist ein sehr anspruchsvolles Gebiet und der Begriff der Menschenrechte darf hier auch nicht allzu eng gefasst werden. Nicht ohne Grund berufen wir uns auf zwei große Menschenrechtserklärungen - die Erklärung der bürgerlichen Rechte und die Erklärung der sozialen Rechte. Es gehört zur Verwirklichung der Menschenrechte dazu, dass wir dafür sorgen, dass Menschen eine lebenswürdige Existenzgrundlage haben. Es gehört auch dazu, dass wir dafür sorgen, dass politische Systeme entwickelt werden, die nicht auf Unterdrückung und Ausbeutung gebaut sind, sondern auf Achtung der Menschenrechte. Good Governance ist ein Schlüsselthema für unsere internationale Politik geworden, weil die Achtung der Menschenrechte, die Verwirklichung der Menschenrechte auch ein wirtschaftliches, soziales und politisches Umfeld braucht das diesem Ziel dienlich ist..

Menschenrechtspolitik ist niemals konfliktfrei, auch nicht zwischen befreundeten Partnern. Ich erinnere nur an die Auseinandersetzung über die Einrichtung eines internationalen Strafgerichtshofs, der Verletzungen von Menschenrechten ahnden soll und wo der große konzeptionelle Unterschied zwischen der Menschenrechtspolitik der Europäischen Union und der der Vereinigten Staaten von Amerika deutlich wurde. Die Amerikaner haben sehr intensiv versucht, Mitgliedstaaten der Europäischen Union, aber vor allen Dingen Kandidatenländer davon abzuhalten, die Idee dieses internationalen Strafgerichtshofs zu unterstützen, weil er ihrer Vorstellung von Souveränität widerspricht. Es gibt aber keine Verwirklichung von Menschenrechten, wenn man den Begriff der Souveränität darüber stellt.

Als ich anfing politisch tätig zu werden, war das Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten noch das beherrschende Prinzip jedes außenpolitischen Denkens. Das hat sich in der Zwischenzeit geändert, wenn ich auch zugeben muss, dass die Einmischung durchaus nach sehr selektiven Maßstäben erfolgt und dass Menschenrechtspolitik ein ganz besonderes Konfliktfeld darstellt. Der Konflikt fängt schon damit an, dass die universelle Bedeutung der Menschenrechte nicht von allen akzeptiert wird.

Aber ich will hier etwas sehr deutlich sagen. Wer sich mit dem Hinweis auf eine andere kulturelle Tradition gegen die in der Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen ausgedrückten fundamentalen Grundrechte ausspricht, der hat Unrecht. Es gibt keine politische Idee, es gibt keine Religion, es gibt keine Kultur, es gibt auch keine kulturelle Tradition auf dieser Welt, die irgend jemand zwingen würde, Menschen zu verschleppen, zu ermorden, zu foltern und ihnen das Recht auf Leben zu verweigern. Niemand kann sich auf irgendetwas berufen, der das tut. Es gibt keine Kultur auf unserer Erde, die die Achtung der Menschenrechte nicht übernehmen könnte und gerade deshalb müssen wir darauf bestehen.

Ich hasse den Begriff Realpolitik. Vor allem wenn er in Verbindung mit der Verwirklichung von Menschenrechten gebraucht wird. Ich bin nicht naiv. Ich weiß, dass es den Konflikt zwischen so genannter Realpolitik und Einmischung gibt. Realpolitik heißt, dass man anerkennt, dass wir ein Interesse daran haben, die Stabilität eines bestimmten Systems nicht zu gefährden. Dass man anerkennt, dass wir wirtschaftliche Interessen haben. In neuester Zeit vorwiegend energiepolitische Interessen. Dass man anerkennt, dass wir strategische Interessen haben. Dass man sich nicht um alles kümmern und sich nicht überall Ärger in der Welt einhandeln kann. Und so fordert die Realpolitik sehr oft, dass man schweigt und dass man nicht hinschaut. Ich glaube nicht, dass Realpolitik eine wirklich realistische Politik ist, weil ihr ein schwerer Denkfehler innewohnt. Der Denkfehler, dass auf Gewalt und Unterdrückung gegründete Systeme dauerhaft bestehen können und dass ein friedliches Zusammenleben mit solchen Systemen möglich ist.

Ich bekenne mich dazu, dass in der praktischen Menschenrechtspolitik Differenzierungen notwendig sind. Nicht in jedem Fall, in jedem Land und unter allen Umständen ist jedes Mittel das geeignete. Es gibt Fälle, wo stille Diplomatie mehr erreicht als lautstarker Protest. Aber es gibt auch Fälle, wo man die Dinge laut und deutlich aussprechen muss, um etwas bewirken zu können. Das muss entschieden werden, je nach dem Fall, mit dem man es zu tun hat. Ich kann Ihnen aus meiner eigenen Praxis sagen, dass das, was ich öffentlich gesagt habe nach Gesprächen über die Verwirklichung von Menschenrechten in einem Land, nicht immer vollständig das wiedergegeben hat, was in dem Gespräch tatsächlich gesagt wurde. Und zwar aus einem ganz einfachen Grund: weil eine öffentliche Bloßstellung derjenigen, mit denen ich zu tun hatte, nicht zu der erwünschten Reaktion geführt hätte, sondern zu Abwehr, Verteidigung, vor allen Dingen aber zum Vorwurf, von den Dingen in Wirklichkeit nichts zu verstehen.

Trotzdem bleibe ich dabei, dass es keine selektive Menschenrechtspolitik geben darf. Es können nicht per se bestimmte Länder vom Dialog über die Menschenrechte ausgeschlossen werden und auch nicht von einer Politik, die darauf besteht, dass Menschenrechte verwirklicht werden.

Wir wissen ja alle in diesem Raum, dass das, was ich gerade gesagt habe, keine Illusion, wohl aber noch eine Utopie ist. Jedenfalls habe ich nicht die Wirklichkeit beschrieben. Und deshalb gehört dazu, dass man im Bezug auf Menschenrechtspolitik das Versagen der Politik nicht ausklammert.

Und nun komme ich zur Rolle, die diejenigen zu spielen haben, die nicht direkt mit Politik zu tun haben, die jedenfalls die Politik nicht zu ihrem Beruf gemacht haben.

Meine Damen und Herren,

der erbittertste Feind jeder Unterdrückung ist die Wahrheit. Ich bin fest davon überzeugt, dass die Wahrheit immer das erste Opfer von Menschenrechtsverletzungen ist. Die Erscheinungsformen sind überall in der Welt dieselben. Es ist immer persönliche Gewalt, immer Gewalt gegen einen Einzelnen, Missachtung, Missachtung der Menschenwürde. Die Instrumente sind ebenfalls immer dieselben. Die notorisch vorgebrachten Argumente, weshalb es geschieht, sind auch immer dieselben. Die Wahrheit, die Wahrheit ist es nie, was da gesagt wird, und darum ist es unendlich wichtig, dass es Menschen gibt, die den Mut haben, der Wahrheit ins Auge zu sehen, die Wahrheit zu dokumentieren und darüber zu sprechen und die Welt zu informieren. Das ist vielleicht eine der wichtigsten Rollen der Medien, speziell der öffentlich-rechtlichen Medien, in unserer Zeit. Man spricht ja manchmal etwas abschätzig vom so genannten CNN-Effekt, der darin besteht, dass Konflikte nur dann wahrgenommen werden, wenn die internationalen Medien angefangen haben, darüber zu berichten, und ich muss zugeben, darin liegt ein Körnchen Wahrheit. Es gibt Konflikte, wie auch der, über den wir heute sprechen, der Tschetschenien-Konflikt, die schwer zugänglich sind oder wo alles getan wird, um zu verhindern, dass darüber berichtet wird. Darum glaube ich, dass die wahren Helden unserer Zeit diejenigen sind, die trotzdem den Mut haben hinzuschauen und weiterzugeben, was sie gesehen haben. Und dass es an uns ist, dann nicht wegzuschauen. Das kann von jedem verlangt werden. Nicht wegschauen, sondern hinsehen. Das kann jeder.

Dafür wird heute Sainap Gaschajewa hier ausgezeichnet. Sie vermittelt uns die Wahrheit über ihr Land. Für mich ist es kein Zufall, dass es eine Frau und vierfache Mutter ist, die das tut. Ich erinnere mich an einen Sammelband über Berichte von russischen Frauen über ihre Erlebnisse im zweiten Weltkrieg und wie sie ihn gesehen haben. Dieser Band trug den Titel „Der Krieg hat kein weibliches Gesicht“. Ich denke, das ist wahr. Es ist kein Zufall, dass es immer wieder Frauen und Mütter sind, die in der ersten Reihe stehen, wenn es darum geht, Aufklärung zu verlangen, was geschehen ist mit ihren Männern, was ist geschehen mit ihren Söhnen, was ist geschehen mit ihren Kindern.

Sie wissen alle, meine Damen und Herren, dass die Diskussion innerhalb der Europäischen Union über Tschetschenien merkwürdig gedämpft verläuft, um einen sehr milden Ausdruck zu gebrauchen. Ich gebe zu, es ist ein schwieriger Konflikt. Er vollzieht sich auf verschiedenen Ebenen. Aber sie merken schon, wie unterschiedlich er wahrgenommen wird, wenn sie nur die Sprache etwa der Beratenen Versammlung des Europarates, das ist eine parlamentarische Versammlung, vergleichen mit der Sprache des Ministerkomitees, in dem die Regierungen vertreten sind. In der Sprache der Völker, die im Parlament ausgedrückt wird, werden die tschetschenischen Fakten klar und deutlich benannt. In der Sprache der Regierungen werden sie in diplomatische Watte verpackt. Dabei sind die Fakten sehr eindeutig. Wir haben eine katastrophale humanitäre Situation in diesem Land. Wir haben es mit Leiden eines Volkes zu tun, das wohl mehr Opfer zu beklagen hatte im Verhältnis gesetzt zu seiner Größe als alle anderen, die zur Zeit auf dieser Erde leben. Wir haben es mit all den Formen von staatlicher Repression zu tun, über die ich bereits gesprochen habe. Aber wir haben es auch mit einer Situation zu tun, in der es - wie so oft - kein einfaches Schwarz und Weiß gibt, als dass man leicht unterscheiden könnte: da sind die Guten, da sind die Bösen. Es gibt auch Terrorismus in einer besonders abscheulichen Form. Es gibt Menschen, die unter dem Deckmantel für hehre Ziele wie Freiheit und Selbstbestimmung einzutreten, aber in Wahrheit persönliche Machtinteressen, kriminelle Interessen oder Geschäftsinteressen verfolgen und weiter nichts. Wir wissen auch, es gibt gerade in diesem Land eine unendlich lange Geschichte der Unterdrückung und des Widerstandes, eine lange Geschichte von Gewalt und Gegengewalt.

Meine Damen und Herren, es ist nicht meines Amtes und das übersteigt auch meine Fähigkeiten, einen Vorschlag zu machen, wie dieser schreckliche Konflikt beendet werden kann, aber ein paar Gedanken möchte ich dazu äußern dürfen.

Ich möchte dazu einen Satz von Lew Kopelew zitieren, der wie ich glaube, uns helfen könnte, einen Weg zu finden. Dieser Satz lautet: „Toleranz verlangt nicht danach, Unstimmigkeiten und Widersprüche zu verschleiern, im Gegenteil. Sie fordert, die Unmöglichkeit eines umfassenden einheitlichen Denkens anzuerkennen und darum fremde und gegensätzlichen Ansichten ohne Hass und Feindschaft zur Kenntnis zu nehmen“. Ich denke, wenn wir diese Überlegung zu Grunde legen, dann wird man sehr schnell darin übereinstimmen, dass es notwendig ist, aufzuklären was dort geschieht und geschehen ist. Dass es notwendig ist, die Schuldigen festzustellen und zu bestrafen und dass es notwendig ist, die politisch Verantwortlichen auf strikte Einhaltung der Menschenrechtsstandards, zu denen sie sich als Mitglieder des Europarates und der Vereinten Nationen verpflichtet haben, auch festzulegen.

Ich möchte jetzt etwas für einen Politiker Ungewöhnliches tun, nämlich schließen mit einem Gedicht. Es stammt von dem großen Erneuerer der tschetschenischen Poesie Apti Bisultanov. Es ist das erste Gedicht, das er geschrieben hat in Berlin, nachdem er seine Heimat verlassen musste.

Es lautet wie folgt:

*Mit beiden Händen das Herz fassen
Diesen alten Igel
Und alle Wunden mit einer Schusterahle
Fest vernähen wie man Stiefel flickt
Und reisen in alle Himmelsrichtungen
Und schweigen
Wenigstens bis ans Ende des Lebens*

Dies meine Damen und Herren ist ein sehr dialektisches Gedicht, denn es ist keine Aufforderung zum Schweigen. Bisultanov hat ja nicht geschwiegen, sondern er erzählt in seiner Dichtung über die Leiden, die seinem Volk zugefügt werden. Nicht schweigen ist auf vielerlei Art und Weise möglich. Frau Gaschajewa hat das Schweigen auf ihre Weise gebrochen. Ihre Dokumente reden. Wir müssen eigentlich nur zuhören. Und wenn wir das tun, dann werden wir auch verstehen.

Vielen Dank.